



## **Ausschuss für Heimat und Kommunales**

### **19. Sitzung (öffentlich)**

12. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Guido Déus (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**Wir machen unsere Gemeinden smarter – durch mehr Zusammenarbeit** 3

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3282

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

\* \* \*



**Wir machen unsere Gemeinden smarter – durch mehr Zusammenarbeit**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3282

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Vorsitzender Guido Déus:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie sehr herzlich zur 19. Sitzung des Ausschusses für Heimat und Kommunales begrüßen. Insbesondere darf ich die Sachverständigen ganz herzlich begrüßen. Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklären, an einem Freitagnachmittag zu uns zu kommen, um uns hier mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Zunächst habe ich ein paar Hinweise. Wir haben es heute mit dem Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3282 zu tun. Es ist möglich, dass sich Sachverständige im Rahmen einer Videokonferenz zuschalten lassen. Das hat der Ältestenrat am 2. September 2022 beschlossen. Von dieser Regelung machen heute Herr Bürgermeister Malte Dahlhoff der Gemeinde Bad Sassendorf und Herr Dr. Dirk Assmann von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Liberales Institut Gebrauch. Auch Ihnen herzlich willkommen.

Eine generelle Videozuschaltung von Mitgliedern des Ausschusses sowie der Referenten der Fraktionen und der Landesregierung ist seit dem Beschluss des Ältestenrats möglich. Im Falle einer Zuschaltung kann aber kein Rederecht oder Abstimmungsrecht von diesen genannten Personen wahrgenommen werden.

Ein paar Hinweise zum Ablauf der Anhörung. Wir haben eine allgemeine Verständigung, dass bei Anhörungen auf Eingangsstatements verzichtet wird. Die schriftlichen Stellungnahmen, die uns vorliegen, werden hier als bekannt vorausgesetzt, und Sie können davon ausgehen, dass alle Kolleginnen und Kollegen diese gelesen und sich damit beschäftigt haben.

Wir würden dann so verfahren, dass wir gemäß Absprache der Obleute die Fraktionen in einer Fragerunde zu Wort kommen lassen, wo die einzelnen Fraktionen nach der Reihenfolge der Größe aufgerufen werden. Die Fragesteller sind gebeten, pro Fragerunde maximal jeweils drei Fragen zu stellen. Sie sollten bitte auch jeweils adressieren, ob ihre Fragen an alle Sachverständigen oder an welche Sachverständigen diese gerichtet sind.

Bei der Beantwortung der Fragen wäre es schön, wenn sich die Sachverständigen bemühen würden, in maximal fünfminütigen Redebeiträgen eine Antwort zu geben. Die Namensnennung des Sachverständigen, der um ein Statement gebeten wird, erfolgt dann durch mich mit Benennung des Sachverständigen, um es für die Protokollführung, der ich schon vorab herzlich danke, etwas leichter zu machen.

Insofern eröffne ich die Fragerunde. Die ersten Fragen kommen von der CDU-Fraktion vom Kollegen Frieling.

**Heinrich Frieling (CDU):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Einen herzlichen Dank an die Sachverständigen, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen und auch für die Stellungnahmen im Vorfeld.

Ich möchte meine erste Frage an Herrn Bürgermeister Dahlhoff richten. Herr Dahlhoff, Sie vertreten ja eine kreisangehörige kleine Kommune. Mich würde interessieren, ob es da schon praktische Erfahrungen vor Ort im Bereich „Interkommunale Zusammenarbeit“ im Hinblick auf Digitalisierung gibt. Welche Themen bieten sich besonders an? Wo drückt gerade in den kleinen Kommunen der Schuh?

Meine zweite Frage zu praktischen Erfahrungen geht an Herrn Dahlhoff, Frau Boschin-Heinz und Herrn Murrack. Das Land fördert ja das Portal „Interkommunales.NRW“ weiter. Die kommunalen Spitzenverbände haben das in ihrer Stellungnahme ausdrücklich begrüßt. Gibt es da eigene Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Portal oder braucht es entsprechende weitere Formate?

Meine dritte Frage geht an Frau Boschin-Heinz. Wie kann der Wissenstransfer stattfinden, wenn Förderungen abgeschlossen sind, möglicherweise auch das Fachwissen nicht mehr in persona vor Ort ist, und wie transportieren wir da auch die Expertisen und das Wissen aus den Erfahrungen?

**Dr. Robin Korte (GRÜNE):** Guten Tag! Vielen Dank auch von mir an alle Sachverständigen, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen und uns helfen, diesen Antrag einzuschätzen und einzuordnen.

Meine erste Frage richtet sich sowohl an die Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände, aber auch an Herrn Murrack als Vertreter einer sehr großen Stadt, und an Herrn Dahlhoff als Vertreter einer kleineren Stadt und bezieht sich auf den ersten Forderungspunkt der FDP, die in dem Antrag fordert, die interkommunale Zusammenarbeit solle sich besonders für die Einführung von Smart-City-Lösungen einsetzen.

Meine Frage wäre, ob Sie es aus Ihrer jeweiligen Perspektive für sinnvoll halten, das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ bzw. die Arbeit des Landesbeauftragten auf diese Frage von Smart-City-Anwendungen so zu konzentrieren oder ob da auch andere Anwendungen der interkommunalen Zusammenarbeit ansonsten im Vordergrund stehen müssten?

Meine zweite Frage richtet sich an die Vertreter der Städte, die ich eben schon angesprochen habe, Herrn Murrack, Herrn Dahlhoff und Frau Boschin-Heinz. Wenn Sie dazu aus Ihrer Perspektive etwas sagen können. Es betrifft die Plattform „Interkommunales NRW“. Meine Frage wäre, ob Sie aktuell weiteren Handlungsbedarf sehen, diese Plattform weiter zu fördern und auszubauen vor dem Hintergrund, dass der Landtag mit dem Haushalt 2023 gerade erst die weitere Unterstützung dieser Plattform gesichert und sich dazu bekannt hat.

Die dritte Frage richtet sich an Herrn Murrack und Herrn Dahlhoff und betrifft den Forderungspunkt des Antrags, ein „Shared Service Center“ für Smart-City-Kommunen beim Landesbeauftragten, also beim Ministerium, aufzubauen. Die Forderung fanden wir interessant, weil wir „Shared Service Center“ als etwas verstehen, was in der Regel bei den Kommunen angesiedelt ist. Deshalb wäre unsere Frage, ob Sie sich vorstellen

können, dass Kommunen oder ihre Spitzenverbände Personal für eine solche „Shared Service Stelle“ beim Ministerium abordnen würden oder wie Sie den Begriff „Shared Service Center“ aus Ihrer Perspektive verstehen und einordnen.

**Justus Moor (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Auch von meiner Seite herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns sind und unsere Fragen beantworten und uns auch tiefe Einblicke zum Thema „Smart City“ geben. Da sind Sie in der Praxis ja sehr weit vorn.

Ich habe drei Fragen, und alle drei Fragen richten sich an Frau Boschin-Heinz, Herrn Murrack und Herrn Bürgermeister Dahlhoff.

Meine erste Frage geht in Richtung der Angebote und Netzwerke, in denen Sie schon aktiv sind. Sie haben in allen Ihren Ausführungen geschrieben, dass Sie bereits bei einigen bestehenden Angebote und Netzwerke selbst aktiv sind oder sie bereits existieren. Braucht es aus Ihrer Sicht weitere Angebote und weitere Netzwerke oder müssen die, die bisher schon bestehen, einfach weiter umgestaltet oder im Bestand gesichert werden?

Zweite Frage. Es gibt auch im Bund die Koordinierungs- und Transferstelle der Modellprojekte Smart City, und die haben einen großen Beratungsansatz aufgebaut. Wie würden Sie das ins Verhältnis setzen, wie verhält es sich mit dieser Koordinierungs- und Transferstelle gegenüber den landeseigenen Strukturen, die nach dem Antrag entweder aufgebaut worden sind oder weiter aufgebaut werden sollten?

Dritte Frage zu Lösungen, die im Rahmen der bestehenden Förderung entwickelt worden sind. Es gab gerade schon die Frage nach der personellen Fortsetzung. Meine Frage geht eher in Richtung Open Source, das vorgesehen ist, wie die Dinge, die dort entwickelt worden sind, nachnutzbar sind. Da hätte ich gern den Praxiseinblick Ihrerseits. Wie stellt sich aus Ihrer Sicht dieser Anspruch nach Open Source in der Realität dar, und wie müsste da gegebenenfalls nachgesteuert werden?

**Dirk Wedel (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an die Sachverständigen für die schriftlichen Stellungnahmen, die schon sehr interessant waren, und auch für die Gelegenheit, Ihnen hier heute noch Fragen zu stellen.

Meine erste Frage geht an Herrn Schönegger. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf verschiedene Studien des Behördenspiegels und des Deutschen Instituts für Urbanistik verwiesen. Was sind aus Ihrer Sicht die Probleme für die Kommunen, um smarter zu werden?

Die nächste Frage geht an Herrn Dr. Assmann und an Herrn Schönegger. Wie können aus Ihrer Erfahrung Kommunen, insbesondere kleine Kommunen, von der interkommunalen Zusammenarbeit gerade im Bereich „Smart City“ profitieren?

Die letzte Frage geht an alle Sachverständigen. Welche Rolle sollte Ihrer Auffassung nach der Landesbeauftragte im Bereich „Smart City“ spielen?

**Sven Tritschler (AfD):** Vielen Dank für die Stellungnahmen und vielen Dank für die Anwesenheit.

Zunächst zwei Fragen an die Praktikerin hier in der Runde, Frau Boschin-Heinz von der Stabstelle Digitalisierung. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch Schadprogramme Ransomware und Ähnliches für die Kommunen ein? Welche Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach das Land insbesondere treffen, um hier präventiv tätig zu werden?

**Vorsitzender Guido Déus:** Dann ist die erste Fragerunde beendet. Ich würde, so, wie es auf dem Tableau von der Reihenfolge vorgesehen ist, um es auch für die Protokollführung einfach zu machen, als erstes Herrn Bürgermeister Malte Dahlhoff die Möglichkeit geben, auf die Fragen zu antworten.

**Malte Dahlhoff (Gemeinde Bad Sassendorf [per Video zugeschaltet]):** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Danke schön für die Gelegenheit, im Rahmen der Anhörung ein paar Punkte aus Sicht einer sehr kleinen Kommune darzustellen. Vielleicht zur Einordnung: Unsere Gemeinde hat 12.000 Einwohner, unsere gesamte Gemeindeverwaltung hat tatsächlich 100 Mitarbeiter. Wenn ich jetzt 25 Leute allein beim Bauhof abziehe, kann man sich ungefähr vorstellen, wie groß eine solche Kernverwaltung ist, was das letztendlich für unser Personal bedeutet, was das Thema „Spezialisierung“ angeht. Das heißt, bei uns ist quasi jeder Mitarbeiter im Verwaltungsbereich schon ein Spezialist in seinem Bereich. Meist gibt es einzelne Mitarbeiter, die einzelne Arbeitsbereiche fast ausschließlich bearbeiten.

Zu den Erfahrungen im Bereich „Interkommunale Zusammenarbeit“ – die sind in der Tat recht vielfältig –, die wir an der Stelle nutzen, auch in unterschiedlichen Formen. Ich will auf zwei Punkte eingehen, die zuletzt entwickelt worden sind, weil diese durch die Förderung für Interkommunales des Landes NRW unterstützt wurden. Für die Unterstützung des Landes einen herzlichen Dank und auch für die Unterstützung durch die Bezirksregierung Arnsberg, dessen Regierungsbezirk wir angehören.

Wir haben dazu mit verschiedenen insbesondere kleinen Kommunen im Kreis Soest eine Form von arbeitsteiliger Zusammenarbeit vereinbart. Das bedeutet, dass beispielsweise unsere Gemeinde eine sogenannte Fachstelle im Bereich Soziales entwickeln wird. Das heißt, wir haben die Situation, dass wir im Bereich der Leistungsverwaltung häufig mit Rechtsbeiständen zu tun haben, die in dem Bereich spezialisiert sind und wir denen dort natürlich auf Augenhöhe begegnen müssen. Insofern ist es der ganze Bereich Wissensmanagement mit immer komplexeren Rechtssituation, wo wir durch eine arbeitsteilige Zusammenarbeit und die Bündelung von Ressourcen tatsächlich Spezialisierungen hinbekommen, die dazu führen, dass wir eine weiterhin hohe Qualität der Sachbearbeitung gewährleisten können.

Wir arbeiten in anderen Bereichen, im Bereich Standesamt beispielsweise, auch mit anderen Kommunen zusammen, wo die Stadt Erwitte für drei kreisangehörige kleine Kommunen dort die Federführung im Bereich des Standesamts übernimmt. So arbeiten wir im Kreis Soest an verschiedenen Stellen sehr arbeitsteilig zusammen.

Das ist ein Stück weit schon die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Frieling, wo der Schuh unserer kleinen Kommunen drückt. Das ist sicherlich die personale Situation, die allenthalben bekannt ist, aber gerade für kleine Kommunen nicht einfacher wird, weil wir im Vergleich zu größeren Kommunen sicherlich andere personale Entwicklungsmöglichkeiten anbieten können.

Insofern ist dort die arbeitsteilige Zusammenarbeit dahingehend von großer Bedeutung, aber eben auch, weil wir in den kleinen Kommunen insbesondere einen Schwerpunkt oder eine besondere Stärke im Bereich der Umsetzung haben. Konzeptarbeiten, dass wir dort eigene IT-Lösungen oder ähnliche Dinge entwickeln, ist letztendlich auch eine Ressourcenfrage, dass wir dort dann eben größere Stärken im Bereich der Umsetzung haben, sofern es nicht Engpässe bei Rechenzentren oder anderen gibt.

Insofern ist es an der Stelle auch für mich ein gewisser Idealzustand, wenn es denn gelingen könnte, dass beispielweise für bestimmte Themenstellungen, das heißt auch Digitallösungen, möglicherweise unterschiedliche Varianten der Software entwickelt, diese getestet, bewertet werden, die bestmögliche Software ausgewählt, übertragen und skaliert wird, sprich, dass in den kleinen Kommunen oder in den Kommunen insgesamt das Blatt Papier nicht immer neu beschrieben werden muss und die IT-Dienstleister dann die entsprechende Interoperabilität der Daten an der Stelle herstellen.

Insofern kann ich mich dafür aussprechen, dass arbeitsteilige Zusammenarbeit gut ist, sie tatsächlich nach unserer Erfahrung hier im Kreis Soest sehr gut funktioniert, wenn sie dezentral organisiert ist mit einer entsprechenden regionalen Nähe, insbesondere zwischen mehreren Kommunen oder auch dem Kreis, damit wir dort tatsächlich ein hohes Maß an Flexibilität entsprechend der örtlichen Gegebenheiten haben.

Wir haben dort entsprechende Profile und entsprechende Stärken im Bereich der jeweiligen Kommunalverwaltungen. Daher ist es gut, wenn wir im Rahmen unserer kommunalen Selbstverwaltung dann auch die Schwerpunkte selbst bestimmen können. Insofern bin ich ein Freund von „Shared Service“, aber nicht zwangsläufig von einer Zentralbehörde, sondern eher dezentral, wobei ich an der Stelle sage, es ist eine zentrale Koordination für Wissenstransfer und Austausch, gerade von den genannten guten Lösungen, von denen es im Bereich „Smart City“ der letzten Förderung einige gibt. Das dürfte insbesondere hilfreich sein, weil ansonsten der Katalog der verschiedenen Dinge sicherlich sehr breit werden würde.

An der Stelle noch zwei Anmerkungen, die ich mir im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit wünschen würde, auch mit Blick auf das Thema „Smarte Lösungen“.

Ich denke, dass sich an der Stelle auch der Datenaustausch Zwischenbehörden sicherlich weiter verbessern könnte, auch unter Wahrung aller Datenschutzrestriktionen, die wir dort haben. Das könnte dazu führen, dass wir weitere Ressourcen freisetzen können, die wir dann allerdings auch brauchen für die zusätzlichen Aufgaben, die wir haben, ob es jetzt im Bereich Bewältigung der Flüchtlingssituation, Klimaschutz, Energiewende oder Mobilität haben.

An der Stelle noch der Hinweis zum Thema „§ 2b UStG“. Auch da wäre es sicherlich sehr hilfreich, wenn seitens des Bundes dort eine kommunalfreundliche Lösung gefunden werden könnte. Das verbindet mich auch damit, dass das Portal „Interkommunale

Zusammenarbeit“ meines Erachtens eine sehr gute Lösung ist, der weitere Ausbau aus Sicht einer kleinen Kommune sehr zielführend sein kann, insbesondere für den entsprechenden Überblick zu den Lösungsmöglichkeiten, die es andernorts gibt, die man auch entsprechend übertragen kann.

Wie gesagt, die Unterstützung im Bereich des Wissensaustauschs, wenn man an verschiedenen Stellen etwas weiter reingehen könnte, wäre sicherlich sehr hilfreich. Eine Unterstützung mit eigenem Personal halte ich in der aktuellen Personalsituation für völlig ausgeschlossen. Es wird nicht leistbar sein, dass wir dort auf entsprechende Mitarbeiter verzichten können.

Zentralstelle des Bundes – ja, das ist bekannt. Wie gesagt, wenn ich jetzt die Vielzahl der Aufgaben habe, wird es an der Stelle sicherlich herausfordernd, all die Themen tatsächlich aus Sicht einer kleinen Kommune zu belegen. Das heißt, da braucht es an der Stelle tatsächlich Transferunterstützung, ob es die seitens des Landes oder seitens der kommunal organisierten Rechenzentren gibt, das ist letztendlich anheimgestellt.

Ich weiß, dass der Landesbeauftragte viel unterwegs ist. Für die Regierungspräsidentin in Westfalen gab es unlängst – vor Corona war es allerdings – eine Konferenz für kleine Kommunen, wo auch entsprechende Lösungen vorgestellt worden sind, wo die Regierungspräsidenten aus Detmold, Arnsberg und Münster die kleinen Kommunen zusammengeholt haben, auch unter Einbindung des Landesbeauftragten. Insofern sind das sicherlich sehr gute Lösungen, um den Wissenstransfer an der Stelle weiter zu entwickeln. Vielleicht das als kurzer Parforceritt aus meiner Sicht.

**Martin Murrack (Stadt Duisburg):** Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung. Ich bin in Duisburg seit 2018 für das Thema „Digitalisierung Smart City und E-Government“ zuständig.

Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, lassen Sie mich zwei, drei Sätze sagen, die für eine finanzielle Herausforderung der Stadt Duisburg nicht ganz unwichtig sind. Ich glaube, wir haben in Duisburg in einem hohen Maß an Engagement und Kreativität gezeigt, dass Geld sozusagen nicht das alleinige Merkmal ist, was man benötigt, um Digitalisierung nach vorn zu bringen. Allerdings – das zieht sich ein Stück weit durch einzelne Punkte – funktioniert ohne Geld nichts. Da ist die unterschiedliche Finanzausstattung der Kommunen, glaube ich, schon ein ziemliches Hemmnis, was die Digitalisierung angeht.

Auch vor die Klammer gezogen beim Thema „Digitalisierung“. Das ist keine Kritik an der amtierenden Regierung oder der davor. Ich glaube, dass Digitalisierung in Deutschland deswegen auch nur so schleppend im öffentlichen Bereich vorankommt, weil es eben keine zentralen Vorgaben gibt. Digitalisierung lebt insbesondere beim Thema „E-Government“ davon, dass es wirklich zentrale Strukturen gibt, wenn wir uns im skandinavischen Raum umschaue, und das deswegen gut funktioniert, weil wir dort auch wirklich zentrale Strukturen hatten, die vorgegeben worden sind.

Das hat es in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen nicht gegeben. Als Digitalisierer einer Stadt bedauere ich das ein Stück weit. Deswegen mag es ein Grund dafür sein, warum wir an der einen oder anderen Stelle noch nicht so weit sind.

Das Portal „Interkommunales.NRW“ – darauf ist Herr Frieling eingegangen – ist durchaus ein gutes Portal, wo man sich austauschen kann, wo wir mit vielen anderen Kommunen zusammenarbeiten können und wo man sich auch gute Ideen anschauen kann. Auch das haben wir in Duisburg früh gesagt: Wir müssen nicht jede Idee selbst haben oder alles selbst erfinden, sondern es ist total sinnvoll, dass man sich austauscht und von Fehlern aber auch von positiven Dingen anderer lernt.

Wir haben im Übrigen schon früh begonnen, dass wir wirklich ein lokales Netzwerk an Digitalisierern aufgebaut haben, und zwar nicht nur auf der Top-Ebene, sondern wirklich auch auf den Arbeitsebenen, wo ich meine Mitarbeitenden sehr früh motiviert habe, sich mit umliegenden Städten, aber auch mit Städten, die an gleichen Themen arbeiten, auszutauschen, dass man von Fehlern und auch von Erfahrungen anderer lernen kann. Ja, wir sind bei „Interkommunales.NRW“ dabei – einige Projekte kann man im Internet auch sehen –, und es ist durchaus noch ausbaufähig.

Zu der Frage von Herrn Korte. Ich glaube, dass die Konzentration auf das Thema „Smart City“ auch bei der interkommunalen Zusammenarbeit nicht wirklich hilfreich ist, sondern ich glaube, dass insbesondere auch das Thema „E-Government“ mitgedacht werden muss. Da würde ich mir wirklich wünschen, dass es, auch wenn es mitunter ein Stück weit zu spät scheint, wirklich zentrale Vorgaben gibt, an die sich die Kommunen zu halten haben, allerdings auch zentrale Vorgaben, die vom Land entsprechend finanziert werden.

Ich glaube, die Kommunen haben in den letzten Jahren ein immenses Geld für eigene E-Government-Portale, eigene Bürgerservice-Portale, eigene Dinge in die Hand genommen. Ich freue mich für die Modellregionen, weil es da auch ein Stück weit vom Land gut finanziert worden ist. Auch da sind gute Beispiele entstanden.

Die Kommunen, die keine Modellregion waren, mussten das allerdings mit eigenen Mitteln bezahlen, Selbst wenn man von Ideen profitiert, die Dienstleister, die man braucht, um das Ganze einzuführen, müssen wir trotzdem bezahlen, auch wenn die guten Ideen vielleicht woanders entstanden sind. Insofern gab es einen Riesenvorteil der anderen Kommunen durch diese Modellregionen nicht. Sie sind einen Schritt vorangegangen – das war auch gut so –, aber die Kosten sind in den anderen Kommunen geblieben. So finden wir im Moment wirklich einen Flickenteppich an verschiedensten E-Government- und Serviceportal-Angeboten. Das wächst im Moment ein Stück weit zusammen durch „Servicekonto.NRW“ und jetzt auch durch die neue „BundID“, aber das ist mit Sicherheit noch ein Bereich, wo wir in den nächsten Jahren noch gut zu tun haben werden.

Zum Thema „Shared Service Center“. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass es wirklich ein „Shared Service Center“ gibt, wo kommunale Mitarbeitende – egal, ob es größere oder kleinere Kommunen sind – dann gemeinsam mit dem Land zusammenarbeiten. Das stelle ich mir rein organisatorisch sehr schwierig vor. Dass es eine Plattform gibt, auf der man sich austauschen und auch Ideen kommunizieren kann, finde ich gut.

Wie gesagt, ob es wirklich eine Zusammenarbeit in dem Sinne sein muss, dass man an einem Ort zusammensitzt. Da ist die Personaldecke, auch wenn wir mit 500.000 Einwohnern und 6.500 Beschäftigten bei der Stadtverwaltung etwas größer sind als

andere Kommunen, trotzdem ist es nicht so, dass wir Mitarbeitende hätten, die im Moment nicht wüssten, was sie zu tun haben. Insofern wird es schwierig, dort Personal zur Verfügung zu stellen, zumal das Personal, das wir für die Digitalisierungsprojekte brauchen, eher Personal ist, welches wir händierend suchen und zurzeit schwer finden und mit viel Mühe ausbilden müssen.

Jetzt komme ich zu den Fragen von Herrn Moor.

Erstens. Braucht es weitere Netzwerke? Ich glaube, dass der Austausch, insbesondere im Bereich der Digitalisierung durchaus hilfreich ist, glaube aber, dass es auf der anderen Seite auch schon viele bestehende Netzwerke gibt, die gut sind. Deswegen ist es wichtiger als Netzwerker, dass eine finanzielle Grundausstattung der Kommunen gibt, damit man sich eben auch um das Thema „Digitalisierung“ kümmern kann.

Zu Ihrer zweiten Frage Bund versus Land. Da ist es mir als Kommune ehrlich gesagt egal – gestehen Sie mir das zu –, woher an der Stelle das Geld kommt. Wichtig ist, dass Kommunen entsprechend gut ausgestattet sind, um dort weiter voranzugehen, um den Service für unsere Bürgerinnen und Bürger weiter ausbauen zu können. Ein abgestimmtes Handeln zwischen Bund und Land ist allerdings elementar wichtig, dass es keine widerstrebenden Interessen von den verschiedenen Ebenen gibt. Das wäre ein herzlicher Wunsch.

Zur Förderung von „Leuchttürmen“ und Ressort habe ich gerade schon gesagt, dass es für die Städte, die davon partizipieren konnten, gut war. Die anderen konnten sich das eine oder andere davon anschauen. Aber wie gesagt, die finanzielle Belastung ist dann trotzdem bei uns geblieben.

Auch wenn ich von Herrn Tritschler nicht direkt angesprochen wurde, lassen Sie mich trotzdem noch etwas zum Thema „Schadprogramme“ sagen. Ich glaube, je weiter die Digitalisierung voranschreitet, desto vulnerabler werden wir in dem Bereich. Ich meine, der große Hackerangriff auf die Universität Duisburg-Essen hat es im letzten Jahr gezeigt. Potsdam war eine Zeit lang offline, weil Schadsoftware es wirklich geschafft hat, dort einzudringen.

Wir in Duisburg versuchen wirklich, mit einem großen Aufwand unsere Netzwerke zu sichern. Alle, die sich mit IT auskennen, wissen allerdings, eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Deswegen arbeiten wir gerade auch daran, eine Business Continuity Management Strategie zu machen, dass ganz klar ist: Wir legen wieder analoge Prozesse an, dass, wenn das IT-System ausfällt, wir in der Lage sind, unsere vulnerablen Prozesse Sozialhilfe, Jugendhilfe etc. trotzdem ausführen zu können. Das ist ein Riesenproblem. Ich glaube, dass Bund und Länder hier auch gefordert sind, die Kommunen zu befähigen, diese Schritte zu gehen. Denn da werden wir in Zukunft mit Sicherheit angreifbarer sein, als wir das in der Vergangenheit mit etwas weniger Digitalisierung waren.

Ich hoffe, ich habe jetzt alle Fragen beantwortet.

**Dennis Schönegger (Comunvita):** Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, über die interkommunale Vernetzung zu sprechen. Wir als privates Unternehmen arbeiten mit

Kommunen verschiedenster Größen zusammen. Das reicht von 900 bis zu 100.000 Einwohnern und darüber hinaus. Dementsprechend haben wir zumindest einen Überblick, was die Herausforderungen in dem Bereich sind.

Um auf die Fragen zu kommen:

Erste Frage. Was sind eigentlich die Probleme für Kommunen, um smarter zu werden? Das kommt auf die Größe an, ist uns aufgefallen. Wir sehen das natürlich immer nur als Externe, aber gerade da hat man manchmal einen anderen Blick. Vor allem bei kleineren Kommunen – Herr Dahlhoff hat es schon gesagt – ist es oftmals wirklich das Personal, das händierend gesucht wird, und dann auch die Strukturen und die Prozesse, die eingebunden werden.

Wir haben mitbekommen, oftmals werden externe Dienstleister beauftragt, die sozusagen sehr schöne Pläne vorlegen, die dann auch funktionieren würden, die aber in der Kontinuität die nächsten Jahre nicht so umgesetzt werden. Die Strukturen und die Prozesse, die da nicht eingebunden werden, das ist eines der großen Probleme.

Natürlich gibt es auch das Problem des Haushalts. Das betrifft dann einige Kommunen mehr und einige Kommunen weniger. Aber man muss dazu auch sagen – das haben meine Vorredner auch schon gesagt –, es liegt natürlich nicht nur am Geld. Das Problem kann also nicht nur mit Geld gelöst werden, sondern es müssen auch Strukturen und Prozesse geschaffen werden, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Zweite Frage. Wie können gerade kleine Kommunen profitieren? Vor allem bei kleinen Kommunen haben wir gesehen, dass ganz viel der Transfer von Wissen, von dem die kleinen Kommunen profitieren würden, und auch die gemeinsamen Strukturen und Ressourcen genutzt werden. Das wäre in unseren Augen ein Vorteil.

Dritte Frage. Was soll der Landesbeauftragte in dem Bereich machen? Wir haben gesehen, je kleiner die Kommune – das ist zumindest unser Eindruck –, desto eher kommt das Gefühl auf, als müssten sie an der Hand geführt werden. Wie gesagt, das ist jetzt nur eine externe Perspektive. Aber wahrscheinlich wäre das bei den Aufgaben natürlich eine zentrale Anlaufstelle für den Wissenstransfer.

Ich glaube, darauf können sich alle Kommunen einigen, zumindest, dass es eine zentrale Anlaufstelle für Wissenstransfer gibt. Ob das dann darüber hinausgeht in ein „Shared Service Center“ oder nicht, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Wahrscheinlich werden Sie da auch verschiedene Antworten von verschiedenen großen Kommunen des Landes bekommen.

**Christiane Boschin-Heinz (Stadt Paderborn):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung nach Düsseldorf. Die Züge fuhren, und deshalb freue ich mich, dass ich heute hier bin.

Seit 2018 bin ich wie der Kollege Murrack – ich glaube, da ging es mit der Digitalisierung in vielen Kommunen so richtig los – auch für das Thema verantwortlich. Vielleicht zwei, drei Sätze am Anfang, wobei ich beim Kollegen Murrack schon oft nicken musste.

Ich glaube, wir betreiben Digitalisierung heute anders als 2018. Wenn ich auf Paderborn schaue, würde ich sagen, wir haben digitalisiert, also wir haben versucht – das

hatte die IT schon vorher schon, dass wir IT-lastig waren –, Technologien in die Ämter zu bringen und zu sagen: Ist das nicht eine Fachanwendung für euch, könnt ihr die nicht nehmen, wäre das nicht gut?

Wir sind jetzt so weit zu sagen: Es geht um Organisationsentwicklung, und die können wir digitalorientiert machen. Aber Digitalisierung zeigt eigentlich ganz deutlich, wo in den Kommunen ganz andere Schwachstellen liegen, als das jetzt Anwendungen sind oder Technologie ist.

Das ist etwas, worauf wir uns jetzt sehr stark konzentrieren, weil die Digitalisierung diese Defizite in den Kommunen nach oben holt. Ich glaube, viel anderes macht Digitalisierung gar nicht. Wo müssen wir ansetzen, um die Organisation wirklich grundlegend zu verändern? Das ist eine Umstrukturierung. Das Ausmaß macht mich tatsächlich in der täglichen Arbeit manchmal schwindelig, wenn wir mit den einzelnen Ämtern reden und schauen: Wo stehen die Ämter, was Digitalisierung angeht? Was sind die Herausforderungen, wenn man auf die nächsten zehn Jahre schaut? Wie müssen sich Kommunen organisatorisch verändern, dass sie eben nicht nur wie wild digitalisieren?

Das ist ein Thema, worauf wir als Stadt noch mal einen anderen Fokus legen und sagen, wir müssen als Kommunen im Sinne von Projektmanagement arbeiten. Das ist nichts, was die kommunale Familie gelernt hat. Wir lernen alle gerade gemeinsam, anders an Dinge heranzugehen. Ich finde, da ist Digitalisierung nur ein Motor und eine sehr schonungslose Entwicklung, die uns zeigt, wo wir gerade stehen, wo wir auch schon länger stehen, was erst mal mit Digitalisierung gar nichts zu tun hat.

Da ist die Frage: Kann da jemand von außen helfen, also geht es, dass einer sagt, soundso macht ihr das? Letztendlich ist jede Kommune ja auch ein lernendes System. Ich habe, weil mich das sehr interessiert hat, an der Uni Köln eine Ausbildung zum Change Manager und zum Systemischen Coach gemacht und habe mir ein paar Dinge in den Kopf gesetzt bekommen. Es macht klar, so ein System kann Impulse von außen bekommen, und die braucht es auch.

Deshalb glaube ich, dass wir ab und zu als Kommune eine ordentliche gesetzliche Vorgabe brauchen, die uns dann alle nervös werden lässt. Aber dann kommt definitiv auch Bewegung hinein. Doch Kommunen brauchen auch Zeit, um zu lernen, sich als System zu verändern. Das sind Dinge, die kann man durch Impulse von außen geben, aber es wird niemand von außen eine Kommune digitalisieren können. Da bin ich mir ganz sicher. Wir hatten dafür auch schon Berater bei uns, die uns sicherlich gut unterstützt haben, aber dann vielleicht doch nicht so nachhaltig wirken konnten, wie sie das selbst gern gemacht hätten.

Mein Statement: Kommunen brauchen Erfolge. Sie müssen auch das Gefühl haben, dass sie mal was geschafft haben. Sie müssen auch richtig scheitern dürfen, ohne das gleich alle draufhauen und sagen: Das war aber jetzt Mist, und da ist Geld versenkt worden. Ja, das passiert, wenn man lernt. Doch um als Kommune lernen zu können, braucht man Personal. Es ist immer die alte Leier, und man traut sich gar nicht, das zu sagen, aber das ist so. Wir müssen das Know-how in den Kommunen aufbauen und dürfen nicht glauben, dass wir uns das von außen über Portale, über zentrale Stellen

einholen können. Denn wir brauchen auch Wissen und Wissensaufbau in den Kommunen.

Was auf jeden Fall hilft – das habe ich angedeutet –, ist Bündelung von Wissen, Bündelung von Projektergebnissen. Deshalb ist das Portal „Interkommunales.NRW“ sicherlich eine gute Möglichkeit, Wissen zu bündeln. Es ist jetzt anbieterneutral. Denn auch Anbieter machen viele Veranstaltungen für Kommunen. Man weiß gar nicht, wo man sich zuerst anmelden soll. Deshalb wären wir schon dankbar, wenn man ein Portal hätte, wo man sagt, da hat man neutrale Informationen. Es ist aber auch sehr anspruchsvoll, diese ganzen Informationen zu bündeln. Deshalb muss man auch wissen, was es kostet, so ein Portal wirklich interessant und aktuell zu halten. Das ist sicherlich keine leichte Aufgabe.

Ansonsten sind natürlich viele unterwegs. Es gibt viele Portale, Plattformen, Institute, Universitäten. Unternehmen werben auch so ein bisschen um die Aufmerksamkeit der Kommunen. Ich glaube, einige Kommunen haben gesagt, es sei ihnen alles zu viel, damit könne man sich nicht überall beschäftigen. Da ist es dann wirklich wertvoll zu sagen: Es gibt hier etwas von Land, schaut euch das an, und dann geht vielleicht nicht zu allen anderen Veranstaltungen.

Was auch wichtig ist – da ist das Fraunhofer IOSB-INA in Lemgo bei uns in der Region sicherlich ein tolles Beispiel – ich bin ein großer Fraunhofer-Fan –, weil die sehr eng mit Kommunen an Lösungen arbeiten und dann auch Technologie testen. Es ist für eine Kommune sicherlich großartig zu sagen, welche Sensorik man einsetzt, um nicht auf dem Markt selbst suchen zu müssen, sondern zu wissen, das ist jetzt von relativ unabhängigen Instituten getestet worden, und das können wir einsetzen.

Transfer und Übertragbarkeit braucht Menschen, also Portale, Austausch, Plattform und Veranstaltungen helfen viel, aber sie schaffen nicht die Transformation. Wir erleben in der Region, dass, wenn man eins zu eins mit Kommunen spricht – ich weiß, das gelingt bei den vielen Kommunen nicht –, die besten Ergebnisse gibt.

In OWL fahren wir mit einem Digital-Büro, was es jetzt gefördert für drei Jahre vom Land gibt, in die Regionen, sprechen mit Kommunen, sprechen über konkrete Projekte. Das ist es, was Kommunen hilft ist, wenn Sie wirklich zum Hörer greifen können um zu sagen: Ihr habt das schon gemacht. Wie habt ihr das gemacht, und wie sind die Einzelfragen, wie habt ihr die Einzelfragen gelöst?

Das Portal also auf jeden Fall weiter ausbauen mit dem Hinweis oder dem vorsichtigen Zeigefinger, es kostet viel, wenn man so ein Portal aktuell, gut halten will. Mehrwert sicherlich, indem man Förderung bündelt. Denn es ist für Kommunen sehr schwierig zu wissen, welches Förderprogramm, gerade wenn es ministeriumsübergreifend ist. Es ist für uns dann die Frage: Rufen wir jetzt alle Ministerien an oder nur ein Ministerium? Es würde sicherlich helfen, wenn man da zentrale Ansprechpartner hat, die auch über die Ministerien wirken. Von daher auf jeden Fall Konzentration und Weiterführung dieses Portals. Das sehe ich auch so.

Bei dem Thema „Shared Service Center“ habe ich auch ein Fragezeichen gemacht. Ich habe gedacht: Übernimmt das Land jetzt Aufgaben der Kommunen? Da hätten wir

sofort gesagt, wir hätten welche. Aber ich glaube, da ging es eher um Erfahrungsaustausch und solche Dinge. Das sehe ich auf jeden Fall als wertvoll an.

Ich würde auf jeden Fall immer schauen: Was gibt es schon an Strukturen, und wie kann man die verbessern und ausbauen, ehe man neue schafft? Man muss eben die Verbindlichkeiten schaffen, also Dinge institutionalisieren, dass eine Kommune nicht nur einmal zu einer solchen Veranstaltung kommt, sondern auch am Thema dranbleibt. Denn es ist auch viel Ressourcenverbrauch, wenn man sich überall ein bisschen hineindenkt und letztendlich nicht in die Umsetzung kommt.

Deshalb bin ich ein großer Fan von regionalen Netzwerken, die sicherlich über das Land gebündelt werden können. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, hatten natürlich auch den Vorteil, dass wir über die Modellregionen zu interkommunaler Kooperation gezwungen waren. Von daher haben Förderprojekte ganz tolle Effekte. Aber das Land könnte natürlich auch regionale Netzwerke unterstützen, bündeln und zusammenführen, weil ich glaube, dass das Land nicht den Kontakt zu allen einzelnen Kommunen haben kann.

Kurz noch zwei Sätze zum Thema „Open Source“. Das war eine Anforderung. Wir haben versucht, es in fast allen Förderprojekten umzusetzen, aber das ist nicht ganz einfach. Manchmal gibt es keine Open Source Lösungen. Im Bereich E-Government gibt es Fachanbieter, die nicht Open Source sind. Kommunen brauchen auch schnelle Lösungen. Manchmal wollen wir einfach etwas einkaufen und sagen: Das kaufen wir von der Stange, und dann funktioniert es. Letztendlich geht es da wieder um das altbekannte Thema „Standards und Schnittstellen“. Da können wir natürlich auch Landesunterstützung gebrauchen in der Diskussion im Kampf mit Anbietern, die Monopolstellungen haben und vielleicht gar nicht so ein großes Interesse haben, Schnittstellen zu öffnen oder Standards einzurichten.

Zum Thema „Schadprogramme“. Paderborn beschäftigt sich auch damit, aber über das Rechenzentrum. Also, wir sind am Rechenzentrum angebunden, und ich weiß, dass unsere IT mit den Rechenzentren regelmäßig in Verbindung steht, sie auch sehr viel tun. Bei uns erfolgt gerade eine Fusion von zwei Rechenzentren.

Ich sehe ja auch, dass wir durch mehr Digitalisierung immer verletzlicher werden. Das ist wie so vieles im Leben die Kehrseite des Ganzen. Ich glaube, dass das Land – jetzt aus Paderborner Sicht – die Rechenzentren unterstützen könnte. Denn viele Kommunen sind an Rechenzentren angeschlossen, und es ist deren Aufgabe, die diese auch sehr ernst nehmen, sich um dieses Thema „IT-Sicherheit“ zu kümmern. Ich glaube, in Duisburg gibt es eine eigene Abteilung. Das ist bei uns jetzt nicht der Fall. Aber Rechenzentren zu vernetzen und zu schauen, welche Standards die an IT-Sicherheit anlegen oder auch Standards vorgeben, das ist sicherlich sehr hilfreich.

**Dr. Dirk Assmann (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Liberales Institut [per Video zugeschaltet]):** Herzlichen Dank für die Einladung. Auch danke dafür, dass ich online teilnehmen darf, was die Sache wirklich deutlich vereinfacht.

Viele Punkte sind schon genannt worden. Ich würde als meine Rolle in der Friedrich-Naumann-Stiftung, wo es darum geht, eine Verbindung zwischen Wissenschaft und

Politik zu schaffen, auf eine Studie hinweisen, die wir vor drei Jahren veröffentlicht haben, wo es auch um die Frage ging: Wie können eigentlich Kommunen bestenfalls zusammenarbeiten, wo entstehen die besten Ergebnisse?

Da ging es um die Frage: Was können Gemeindefusionen leisten, und was können punktgenaue interkommunale Zusammenarbeiten leisten? Ein ganz klares Studienergebnis von dieser Studie die Stärkung kommunaler Identität war eben die Vorteilhaftigkeit und die punktgenauen interkommunalen Zusammenarbeiten, wo man sich wirklich einzelne Themen herausgepickt hat.

Ich glaube, die Vorteile interkommunaler Zusammenarbeit sind jetzt in den anderen Redebeiträgen schon alle zu einem gewissen Punkt genannt worden, das heißt, die Nutzung vom Synergieeffekt. Man muss das Rad nicht unbedingt immer neu erfinden, möglicherweise gerade beim Thema „Smart City“. Sie haben Kostenersparnisse, Sie haben natürlich auch mehr Personal, das Sie einsetzen können. Sie haben ein weiteres Leistungsangebot, was Sie anbieten können, und Sie vermeiden einfach die Gefahr von Doppelstrukturen und Inzellösungen.

Deswegen kann man schon ganz klar sagen, dass überhaupt dieses Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden und weiter bestehen bleiben soll. Das ist schon mal ein guter Punkt. Das ist sehr wichtig. Ich glaube, darauf kann man sich einigen.

Jetzt kann man sich natürlich die Frage stellen: Warum insbesondere bei diesem Thema „Smart City“? Das hängt aus meiner Sicht mit der Frage zusammen: Wann können Kommunen von interkommunaler Zusammenarbeit besonders profitieren? Das ist dann der Fall, wenn in einer einzelnen Kommune, möglicherweise kleinen Kommune, für ein bestimmtes Thema nicht die alleinige Kompetenz vorhanden ist und wenn in einer einzelnen Kommune personelle und finanzielle Ressourcen nicht vorhanden sind, um bestimmte Projekte umzusetzen. Es ist natürlich so, dass gerade bei Smart-City-Projekten viel Kompetenz gebraucht wird, tiefgehende Kompetenz, und in vielen Fällen auch die Ressourcen, die gebraucht werden, relativ hoch sind. Das ist ein Punkt, warum da natürlich das Thema „Smart City“ prädestiniert ist.

Zweiter Punkt. Das wird auch im Antrag beschrieben. Es ist so, dass gerade NRW auch ein paar „Leuchtturmstädte“ hat. Es wird in diesem „Bitcom Smart City Index“ deutlich, wo von zehn Städten vier Städte aus Nordrhein-Westfalen kommen. Das heißt, da ist Kompetenz vorhanden, da ist Wissen vorhanden, und ich glaube, das ist schon etwas, wovon man gut profitieren kann.

Der dritte Punkt ist dieses Thema „Smart City“. Es ist nicht eindimensional. Es gibt viele Themengebiete – wird auch im Antrag beschrieben –, zum Beispiel Energie, Verkehr und auch Abfallbeseitigung, wovon man profitieren kann. Das heißt, es ist nicht monothematisch aufgestellt, sondern es sind wirklich viele Projekte, viele Themen, wo Kommunen in der Zusammenarbeit profitieren können.

Warum man das jetzt noch mal auf Landesebene vielleicht so fokussieren sollte. Den Punkt gab es vorhin schon mal. Es gibt auf Bundesebene sehr viel an Vernetzungsarbeit, was gemacht wird. Aber ich glaube, gerade für kleinere Kommunen, die sich in dieser Vielfalt von unterschiedlichen Angeboten und Netzwerken zurechtfinden

müssen, ist es eben wirklich wichtig, eine Anlaufstelle zu haben. Ich glaube, da ist diese Landesebene optimal, wo Wissen gebündelt wird, wo auch eine Projektübersicht vorhanden ist, was schon alles da ist, wo man Ansprechpartner hat, wo man weiß, wen man ansprechen kann. Ich glaube, es ist die Landesebene, die da gerade für kleinere Kommunen verantwortlich ist. Deswegen würde ich dafür plädieren, gerade bei diesem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ sich auf Smart City zu fokussieren.

**Vorsitzender Guido Déus:** Ganz herzlichen Dank. – Gibt es weitere Fragestellungen? Diesmal versuche ich auch, die Reihenfolge richtig zu machen.

**Heinrich Frieling (CDU):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe Nachfragen, die sich aus den Stellungnahmen ergeben. Einmal tauchte das Thema „Kleine/große Kommunen“, nach dem ich immer gern frage, von den Sachverständigen auf. Deswegen an Herrn Schönegger und Frau Boschin-Heinz die Frage: Gibt es so einen Effekt „Klein lernt von Groß“ oder sind es andere Themen, die andere Kommunengrößen besonders interessieren?

Inwieweit sind die Themen Datensicherheit, Datenschutz hier ein Hemmnis? Da wende ich mich an die Praktiker Frau Boschin-Heinz und an Herrn Dahlhoff. Inwieweit stehen auch Datensicherheit und Datenschutz im Wege, gibt es Hürden, die abgebaut werden können, wo ist da unsere Baustelle, weil das im Antrag nicht die große Rolle spielt?

Herr Dahlhoff hat den § 2b UStG genannt, der uns im kommunalen Bereich bei vielen Dingen begegnet. Herr Dahlhoff, wenn Sie das einmal vertiefen könnten, würde mich das freuen, gern auch, wenn andere Sachverständige dazu etwas beitragen wollen.

**Justus Moor (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen herzlichen Dank für die Beantwortung. Die hilft auf jeden Fall weiter und hat noch mal zu Fragen angeregt. Von daher schließe ich da an und würde die Frage von Herrn Frieling fast schon ergänzen wollen, und zwar in Richtung aller Sachverständigen, aber insbesondere an die kommunalen Vertreter von Bad Sassendorf, Duisburg und Paderborn.

Anschließend an das Thema „Große/kleine Städte“. Man sieht den Smart City Index, der von Herrn Assmann gerade genannt worden ist. Das sind viele Städte. Aber wenn man Köln, Aachen, Düsseldorf ansieht, liest sich das ein bisschen wie die Rangfolge, welche Stadt die größte in NRW ist. Nicht ganz, aber passt trotzdem ganz gut.

Herr Murrack hat sowohl in seiner Stellungnahme als auch gerade darauf hingewiesen, was die Frage arme und reiche Städte anbelangt. In der Stellungnahme schreiben Sie, Monheim habe autonome Shuttles und manche Kommune bekomme die Schule nicht angebunden.

Von daher in die Richtung: Was benötigen die Kommunen sowohl an finanzieller als auch an personeller Ausstattung, um es ordentlich hinzubekommen? Braucht es dafür Förderprogramme oder einfach eine dauerhafte Finanzierung der Kommunen?

**Dr. Robin Korte (GRÜNE):** Wir mussten unsere Fragen noch mal neu sortieren. Denn viele Fachfragen zum Thema „Digitalisierung“, die wir in der ersten Runde gehabt hätten, sind in der ersten Runde schon mit „abgeräumt“ worden. Vielen Dank dafür.

Ich hätte noch zwei etwas speziellere Fragen zum Thema „Datenerhebung und Datenverwertung“ an die Vertreter der Städte und Gemeinden, also Herrn Dahlhoff, Herrn Murrack und Frau Boschin-Heinz. Können Sie uns erläutern, welche Rolle die Frage der Datenerhebung und Datenverwertung in praktisch allen Fragen der Digitalisierung spielt, wo die Kommunen in ihrer Unterschiedlichkeit stehen und wo aktuelle Herausforderungen und Notwendigkeiten liegen?

Die zweite Frage ist sehr speziell und richtet sich an Sie, Frau Boschin-Heinz. Sie haben in Ihrer Stellungnahme den flächendeckenden Ausbau von LoRaWAN-Netzen gefordert. Können Sie vielleicht uns Laien, insbesondere mir in dem Fall – ich weiß nämlich wirklich nicht, was das ist – erläutern, was das ist und vor allem wie ein solcher Ausbau gelingen kann und in welchem Zusammenhang das zu sehen ist vor dem Hintergrund, dass wir parallel ja schon 5G-Netze aufbauen?

**Dirk Wedel (FDP):** Auch meinerseits einen herzlichen Dank für die bisherigen Ausführungen. Ich möchte drei Fragen anschließen.

Erste Frage. Herr Assmann, Sie hatten die Beispiele, die wir in unserem Antrag hatten, von den Vorteilen von „Smart City“ oder Smart-City-Lösungen noch erweitert haben, zum Beispiel „Smart Building“, Parkleitsysteme usw. Könnten Sie dazu vielleicht noch nähere Ausführungen machen und ggf. zu dem Gesamtspektrum, was smarte Lösungen angeht, was sich für Kommunen eignet, Stellung nehmen?

Zweite Frage. Herr Schönegger, Sie bieten eine Plattform, auf denen sich Kommunen und Investoren für größere Projekte finden können. Wie kann das helfen, damit Gemeinden smarter werden?

Dritte Frage. Herr Murrack, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme freundlicherweise noch zwei Dinge aufgeführt, einmal den beim KDN Ende 2022 eingerichteten neuen Arbeitskreis und auch diese Ausschreibung für den Aufbau und Betrieb eines landesweiten Kompetenzsystems „Smart City“, die mal durch das Land vorgenommen worden ist. Wenn Sie zu diesen beiden Dingen noch nähere Ausführungen machen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

**Vorsitzender Guido Déus:** Seitens der AfD noch Herr Tritschler. – Nein, nicht. Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen.

**Malte Dahlhoff (Gemeinde Bad Sassendorf [per Video zugeschaltet]):** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich beginne bei dem Thema „Datenschutz, Datenerhebung“, was letztendlich durch die Abgeordneten Frieling und Korte angesprochen wurde. Ich will es mal aus unserer täglichen Praxis deutlich machen. Ich picke mir einfach mal den Bereich der Leistungsverwaltung heraus, wo wir gerade in kleinen Kommunen beispielsweise im Bereich OGS-

Elternbeiträge, OGS-Kita oder in anderen Bereichen regelmäßig eine Einkommensprüfung vornehmen müssen. Ich behaupte, das gilt gleichermaßen, ob es jetzt Leistungen im Bereich von SGB II oder anderen Behörden ist.

Sie hatten eben das Thema „Datenaustausch“ angesprochen. Derzeit ist es so, dass quasi die Antragstellenden alle ihre persönlichen Daten, die wir für diese Entscheidung brauchen, ob eine Einkommensgrenze eingehalten ist oder nicht, bei uns offenlegen müssen, nicht nur Informationen, sondern auch nachweisen.

Ich behaupte jetzt einfach mal, dass es uns und vielleicht auch anderweitig helfen könnte, wenn es denn gelingen würde, dass wir beispielsweise entsprechende Anfragen in Richtung der Finanzverwaltungen stellen könnten, wo es jeder, der Steuern zahlen muss, dort zumindest transparent machen muss, um es mal so zu formulieren. Das heißt, wenn wir beispielsweise einen Antrag für bestimmte Einkommensgrenzen haben und bei einer entsprechenden Schnittstelle bei der Finanzverwaltung einfach nur die Rückmeldung bekommen, ob eine bestimmte Einkommensgrenze eingehalten wurde oder nicht – mehr brauchen wir gar nicht für unsere Prüfung –, würde es sicherlich viele Verfahrensschritte erleichtern und letztendlich dazu führen, unter dem Blick Datenerhebung, Datenschutz, Datensicherheit, dass wir an der Stelle nicht diesen Wust an Informationen einfordern müssen oder bei uns vorliegen haben, was für den Fall, wenn man tatsächlich mal gehackt werden würde, den Datenverlust deutlich eingrenzen würde.

Das ist mein Hinweis zum Thema „Datenaustausch“ zwischen den Kommunen. Ich glaube, dass der Umfang der zu erhebenden Daten und damit auch der Datenschutz in besserer Art und Weise gewährleistet werden könnte. Das ist eine These, die unlängst im Gutachterausschuss Organisationsmanagement mit der KGSt auch in ähnlicher Art und Weise besprochen wurde, zumindest bei der Sitzung, wo ich zugegen sein durfte.

Vielleicht noch einen Hinweis zum Thema „2b UStG“. Die Thematik ist hinlänglich bekannt. Wenn ich unterschiedliche Rechtsformen, zumindest nach aktuellem Stand habe, ist es so, dass ich, wenn ich unterscheide, ob es eine mandatierende oder dirigierende Form von Zusammenarbeit ist, es eben in dem Fall der mandatierenden Zusammenarbeit Stand jetzt noch so ist, dass man möglicherweise, je nachdem wie groß der Umfang sein sollte, dort in den Geltungsbereich des § 2B UStG hineinlaufen könnte, was im Ergebnis nichts anderes bedeutet, als dass man dort für die entsprechenden Leistungen dann noch Umsatzsteuer in Höhe von 19 % zahlen muss.

Das macht es in der aktuellen und sehr angespannten finanziellen Situation natürlich nicht einfacher, sich für eine interkommunale Zusammenarbeit zu entscheiden. Insofern wäre es sicherlich sehr hilfreich, wenn es dort Klarheit geben würde, und die greift im Sinne einer kommunalfreundlichen Lösung.

Wenn ich jetzt an Arbeitsaufkommen denke. Ich will es auch da an einem kleinen plastischen Beispiel deutlich machen. Beispielsweise ist das Parken auf straßenbegleitenden Parkstreifen wegen der verkehrlenkenden Wirkung hoheitlich und steuerbefreit, das Parken auf einem kommunalen Parkplatz nach aktuellem Stand steuerpflichtig. Das macht es letztendlich nicht einfacher, auch wenn ich über IT-Lösung und

Arbeitsprozesse nachdenke. Insofern können wir selbst als diejenigen, die teilweise mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf Gesetzgebung haben, für entsprechende Erleichterungen sorgen.

Zu der Frage von Herrn Moor zum Thema „Groß oder Klein“. Es hat natürlich viel mit dem Thema „Transfermöglichkeiten“ zu tun. Ich sagte es eingangs, dass von einer kleinen Kommune im Bereich Grundsicherung wir dort maximal zwei Personen haben, die sich um das Tagesgeschäft kümmern. Wir haben einen ITler. Die haben durch das Tagesgeschäft entsprechende Herausforderungen zu bewältigen, dass die Kapazitäten, sich um konzeptionelle Dinge und Ähnliches zu kümmern, natürlich sehr knapp bemessen sind.

Zu dem, was meine Vorredner Sachverständigen auch gesagt haben zum Thema Transfer, anknüpfungsfähige Lösungen“ ähnlich wie es beim OZG angedacht war, zentrale Lösungen, die nach dem „Einer-für-alle-Prinzip“ angeboten werden. Es wäre sehr hilfreich, wenn der Transfer dann auch vor Ort entsprechend geringer werden würde. Auch das haben meine Vorredner gesagt. Es geht nicht nur um IT, es geht auch um Arbeitsprozesse, die am Ende dazu führen, dass, wenn ich nicht nur identische IT, sondern auch identische Arbeitsprozesse, eine identische Dokumentenablage im Sinne Dokumentmanagementsystem habe, dann lassen sich meines Erachtens sehr viele Potenziale heben im Sinne eines gemeinschaftlichen Backoffice. Wenn dann § 2b UStG auch die entsprechenden Spielräume öffnet und entsprechende Erleichterungen oder keine Mehrlastet aufbürdet, würde es die Sache sicherlich erleichtern.

**Martin Murrack (Stadt Duisburg):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf das Thema „Datensicherheit und Datenschutz“ eingehen. Denn wir haben gemerkt, dass, wenn man es nicht von Anfang an mitdenkt, wirklich auch ein kritisches Thema für sämtliche Digitalisierungsprojekte werden kann.

Ich glaube, vor 2018 hat man sozusagen ein Digitalisierungsprojekt gestartet und hat am Ende den Datenschützer dazu genommen und gesagt: Hier, das habe ich jetzt vor. Kann ich das so machen? Der Datenschützer hat dann hinterher gesagt: Nein, auf gar keinen Fall, weswegen wir von Anfang an gesagt haben, dass wir in jedes Digitalisierungsprojekt, was wir ähnlich organisieren – wie die Kollegin aus Paderborn das gerade gesagt hat –, nämlich nicht mehr in Silos, sondern wirklich projektbezogen. Es ist ein enormes Umdenken innerhalb der Kommunen und eine riesige Strecke, die man gehen muss, dass wir von Anfang an das Thema „Datenschutz und Datensicherheit“ auch mitdenken, weswegen wir hinterher sehr selten nur noch ein Veto von irgendjemandem bekommen, der sagt, das gehe aus datenschutzrechtlichen Bedenken überhaupt nicht.

Zur Frage von Herrn Moor, was das Thema „Smart City“ angeht, ob es mit der Größe der Stadt zusammenhängt. Was mein Vorredner gesagt hat, das ist mit Sicherheit richtig. In dem Moment, wo ich wirklich eine begrenzte Anzahl an Personen habe, kann ich mich einfach nicht so spezialisieren. Das heißt, die sind eher auf eine

interkommunale Zusammenarbeit angewiesen als Großstädte, die natürlich gewisse Strukturen selbst aufbauen können.

Allerdings haben wir – deswegen gehe ich auf Herrn Wedel ein – im Dachverband kommunaler IT-Dienstleister, dem KDN, wirklich eine gute Austauschplattform. Wenn wirklich dort diese sogenannten Efa-Leistungen, die gerade schon genannt worden sind, das heißt einer entwickelt für alle, und die können hinterher von allen entsprechend angewandt werden. Davon können dann auch die kleineren Kommunen profitieren. Ich denke, das ist wirklich hilfreich.

Ich habe es in meiner Stellungnahme auf den Punkt gebracht. Denn „Smart City“ ist im Moment so etwas wie ein „Nice to have“, was Kommunen haben. Es ist keine Pflichtleistung im klassischen Sinn. Dass wir das in Duisburg vorantreiben, hängt auch damit zusammen, dass ich für das Thema „Digitalisierung“ in Duisburg geholt worden bin und das als Kämmerer natürlich jetzt mit einer entsprechenden Gewichtung versehen kann.

Aber es ist so, dass es eigentlich ein klassisches Thema ist, was wirklich an der Kassenlage hängt. Daher wollte ich es ein Stück weit akzentuieren. Doch deswegen sind Kommunen wie Monheim, die keine finanziellen Sorgen haben, ganz anders aufgestellt und können ganz andere Dinge ausprobieren. Da kann der Bürgerservice durch „Smart City“ deutlich besser werden als bei uns.

Nichtsdestotrotz, auch wir haben es geschafft, On-Demand-Shuttles – ich glaube, sogar den ersten in Nordrhein-Westfalen – bei uns zum Laufen zu bringen, der myBUS, der auch hervorragend funktioniert. Insofern gebe ich der Kollegin recht. Es ist nicht immer eine Frage des Geldes. Aber wenn man das Ganze in die Fläche bringen möchte mit Sensorik im ÖPNV, im Bereich der intelligenten Verkehrsführung etc., ist es immer eine Frage von Geld. Es tut mir leid, aber zu dem Punkt muss ich leider immer wieder zurückkommen. Ohne eine vernünftige Finanzausstattung von Kommunen wird das Thema „Smart City“ eben auch nicht flächendeckend funktionieren.

Da möchte ich noch auf die Fragen von Herrn Moor eingehen. Natürlich helfen Förderprogramme gezielt, um gewisse Innovationen voranzutreiben. Das ist gut, und ich glaube, da haben wir gute Erfahrungen gemacht. Im Endeffekt gehört aber eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen dazu, um es wie gesagt in die Fläche zu bringen. Da helfen einzelne Förderprogramme nicht, sondern da muss es wirklich eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen geben

**Dennis Schönegger (Comunvita):** Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Fragen.

Zu der Frage von Herrn Frieling, wer von wem am meisten lernt bzw. ob jetzt die Kleinen von den Großen oder parallele Größen. Wir sehen es so, dass beides funktioniert. Natürlich haben kleine Kommunen, wie vorher schon angedeutet, andere Herausforderungen. Ich sage es mal ganz banal, wir haben eine Ausschreibung, und wir haben diese Art von Ausschreibung in dem Bereich noch nie gemacht. Meistens sind es andere kleine Kommunen, die ähnliche Ausschreibungen haben. Dann wird auch konkret danach gesucht.

Wir haben schon erlebt, dass ein Bürgermeister gesagt hat: Wir sind schon seit zwei Wochen auf der Suche nach jemandem, der genau die gleiche oder eine ganz ähnliche Ausschreibung hatte. Wenn es dann um solche Fragen geht, wie wir erfolgreich eine Wirtschaftsförderung aufbauen, die kommunal sozusagen im Eigentum ist, dann sind es meistens vertikale Lernprozesse. Aber es ist abhängig von der Fragestellung und von der Herausforderung. Natürlich ist es für Herrn Murrack jetzt anders als für eine Kommune, die 1.000 Einwohner hat.

Zu der Frage von Herrn Wedel, was unsere Plattform macht. Wir unterstützen Kommunen bei Projekten im Kontext des Strukturwandels. Wir bilden praktisch die Verlinkung zur Privatwirtschaft, um dann zu vermitteln zwischen Projektentwicklern, Beratern und Experten und eben auch zwischen Kommunen, um dann diese Projekte zu realisieren. Das können Projekte im sozialen Bereich sein von Pflegeplätzen, von Kitas über den nachhaltigen Bereich, von urbanen Energien bis hin zum wirtschaftlich verwertbaren Bereich, wenn es um Ansiedlungen geht in der Wirtschaftsförderung.

Wenn die Ressourcen oder der Haushalt zum Beispiel in der Kommune fehlen, was oft der Fall ist, oder die Strukturen oder die Kompetenzen oder auch die Grundstücke, dann gibt es manchmal Möglichkeiten, dass es Symbioseeffekte gibt zwischen den Partner, Bietern und auch mehreren Kommunen, und das leisten wir in dem Moment.

**Christiane Boschin-Heinz (Stadt Paderborn):** Danke schön für die Fragen. Kleinlernt von Groß – sicherlich ab und zu, weil die großen Städte vielleicht mehr finanzielle Ausstattung, mehr Personal haben. Es gibt ja Städte, die haben gar keinen für Digitalisierung oder da ist jemand, der zu früh „hier“ gerufen hat und dann für alles verantwortlich ist, was irgendwie mit IT zu tun hat. Also, in groß ist nicht alles besser als in klein. Von daher glaube ich, kann man das nicht so sagen.

Eigentlich bräuchte man Städte zwischen 30.000 und 50.000 Einwohnern – Paderborn ist fast schon zu groß –, weil das Städte sind, wo jemand, der für Personal verantwortlich ist, auch irgendwie noch mit für IT sorgen kann. Der kann sich manchmal selbst ganz gut helfen und damit natürlich auch der Stadt.

Was aber zum Beispiel Groß jetzt super auch von Klein lernen kann, ein klassisches Beispiel. Bei uns in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe hat die mittelgroße Stadt Delbrück jetzt das Funknetz LoRaWAN – das ist eine Technologie, mit der man sehr günstig Daten übertragen kann und nicht auf den Ausbau von 5G warten muss, und dieses Förderprogramm war wirklich gut finanzierbar – aufgebaut und lässt dann diese Daten über dieses Netz laufen, mit denen sie zum Beispiel Gebäudemanagement betreiben, also überwachen, ob alle Fenster in der Schule geschlossen sind, oder Kühlketten überwachen oder ob irgendwo Wasserverbrauch ist. So haben sie festgestellt, dass in verschiedenen Schulen irgendwelche Wasserhähne über Nacht liefen.

Das sind für kleine und auch für große Kommunen super Effekte. Das ist so schön griffig, und da macht Smart City dann richtig Spaß, macht auch Kommunen Spaß, wenn sie merken, man kann mit relativ geringem Aufwand Effekte erzielen. Das geht im Bereich Gebäudemanagement, Kühlkettenüberwachung. Es wurde durch die

Sensorik deutlich, dass eine Kühlkette unterbrochen war. Das hat in der OGS sehr geholfen.

Ich habe immer gesagt, LoRaWAN ist nur die Technologie, aber darüber kann man viele kleine sehr individualisierbare Lösungen laufen lassen, die Smart City für kleine Kommunen interessant macht, weil es nicht so teuer ist und man sagen kann, es sei sehr individualisierbar, also, wenn die eine Kommune sagt, sie wolle ein Kühlkette, und die anderen sagen, sie wollten, dass die Fenster sicher geschlossen sind.

Das ist auf jeden Fall, wo wir in OWL jetzt dran sind und da voneinander lernen. Wir haben Workshops zum Thema „LoRaWAN“. In der Regiopoleregion soll das ausgeweitet werden. Alle fragen jetzt: Können wir die Paderborner Plattform nutzen, um die Daten dann für alle auszuwerten? Das ist etwas, was super ist für interkommunale Kooperation, weil die Individualität der Kommunen berücksichtigt werden kann. Denn nicht für alle ist der Kühlschrank interessant. Als Beispiel.

Von daher ist Smart City sicherlich ein dankbares Feld für interkommunale Zusammenarbeit. Da bin ich mir sicher. Ich glaube auch, dass man damit viel Effizienz haben kann, auch Effekte für Bürger hat. Das ist für Kommunen ganz wichtig. Die sind gerade intern in Paderborn beschäftigt. Davon hat noch kein Bürger etwas. Die sind alle frustriert, dass sie nicht noch mehr Services haben. Und wir denken, wir haben so viel intern zu tun; lasst uns jetzt einfach mal fünf Jahre machen. Das würde ich am liebsten sagen:

Aber Smart City ist natürlich auch wichtig, damit Kommunen nach außen wirken, und damit kann man super Effekte haben, aber – auch da gebe ich meinem Kollegen Murrack recht – das braucht eben Geld. Es gibt kleine Kommunen, die sagen: Mit Smart City brauchen wir uns überhaupt nicht zu beschäftigen. Das versuchen wir, in unserer Region jetzt zu ändern, um zu sagen: Kommt in unser Netzwerk, schaut mal, ob ihr nicht mit wenigen Mitteln doch tolle Effekte haben könnt.

Smart City und E-Government – diese Trennung stößt mir immer ein bisschen auf. Damals beim Bitcom-Wettbewerb wurde immer so sehr getrennt. Denn letztendlich ist doch alles miteinander vernetzt, also wenn ich eine smarte Stadt habe, die jetzt nicht verwaltungssmart ist, die aber auch die mobilitätssmart läuft. Von daher finde ich es mit dieser Trennung ganz schwierig. Eigentlich müssen wir über smarte Städte sprechen und weiter noch über smarte Regionen, weil viele dieser new cases, die wir haben, nicht an den Gemeindegrenzen enden.

Smart City Index, Bitcom, weil der so viel zitiert wird. Ich habe ich unsere Fachleute mal gefragt: Wollen wir uns eigentlich nach dem ausrichten und sagen, wir wollen uns digitalisieren, um möglichst weit vorn zu sein? Ich glaube, wir sind Platz 26, aber relativ stabil. Die Fachämter haben mir gesagt: Nicht alles hat unsere Priorität.

Es ist natürlich auch immer subjektiv, wie die Kommunen antworten. Ich glaube, wir tendieren eher zu ostwestfälischer Bescheidenheit, aber man könnte sicherlich großzügiger sagen: Das haben wir alles, machen wir alles. Ich glaube nicht, dass der Bitcom das alles nachprüft.

Ein solcher Index macht natürlich Bewegung. Es ist auch gut, dass Kommunen Ehrgeiz entwickeln, aber man sollte ihn nicht als Maßstab anlegen, um zu sagen: Alle Kommunen, die nicht unter den TOP 10 sind, die sind jetzt schlecht. Das finde ich sehr gefährlich. Vielleicht haben andere Städte auch andere Strategien und auch das Selbstbewusstsein zu sagen: Wir lassen uns jetzt von einem solchen Index nicht beeindrucken.

Vielleicht noch zwei kurze Aspekte.

Datenschutz. Ich bin selbst Juristin. Deshalb bin ich da immer ganz vorsichtig und bin auch überhaupt keine Datenschutzexpertin. Ich glaube, wir ziehen Datenschutz oft heran und sagen: Der stört, deshalb geht es nicht. Da würde ich manchmal gern im Detail schauen und sagen: Es geht ja um meine Daten, um meinen Schutz, und auf den Schutz kann ich verzichten. Also auch in Deutschland kann ich einwilligen, dass ich auf bestimmte Schutzrechte verzichte, sonst wäre ich sehr empört, wenn ich das nicht dürfte.

Ich glaube, Herr Dahlhoff hat auch gesagt, dass es dazu schon viele Runden gibt. Ich glaube, das muss man sehr genau schauen: Welches Gesetz stört jetzt in welchem Fall, oder haben wir nur noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Und wenn wir das haben, dann zu schauen: Wie kann man das ändern? Aber generell mache ich zum Thema Datenschutz ungern Aussagen, weil ich das nicht kann, weil es so vielfältig ist. Ich glaube, es ginge immer mehr. Manchmal sagen wir: Unser Datenschutz, und man müsste mal genau schauen, ob nicht der eine oder andere gern einwilligen würde und müssten da ein bisschen mutiger sein. Denn ich glaube, nicht alles landet vor Gericht. Da würde ich immer für ein bisschen deutschen Mut werben.

Förderprogramme schaffen sicherlich Anreize. Das Land kann auch ein bisschen steuern, warum wir jetzt einen Impuls im Bereich „Smart City“ setzen oder lieber im E-Government. Aber letztendlich braucht es eine dauerhafte Finanzierung – Herr Murrack, das sehe ich genauso – und vor allem eine dauerhafte Finanzierung, was Personal angeht. Man darf nicht so viele Fördermittel geben, die für investive oder konsumtive Ausgaben gedacht sind. Denn wer soll die denn umsetzen? Wir brauchen ja Leute, die Vergaben, Ausschreibungen machen. Da ist leider ein so großer Hintergrund nötig, dass wir vor allen Dingen das Personal nicht vergessen dürfen, was auch eigentlich immer noch ein Jahr länger als das Förderprogramm bei der Stadt bleiben müsste, um den Wissenstransfer zu machen.

Ob wir das Personal noch bekommen, ich glaube, das wird schwierig. Auch da muss man kreative Wege gehen. Wir versuchen das bei der Stadt Paderborn, indem wir eng mit der Uni kooperieren. Wir machen sonst E-Sport-Turniere Bürgermeister gegen Studierende. Wir überlegen schon: Wie können wir Kooperationen machen, wie können wir die Studierenden schon ganz früh an die Stadt binden, dass sie sagen, es sei toll, in dieser Stadt zu lernen und später zu arbeiten. Wir fangen im Prinzip in den Schulen an, also auch Schule und Universität enger zu vernetzen. Ich glaube, das müssen wir allesamt kreativ werden. Denn die Leute warten nicht mehr auf uns, sondern wir warten auf sie.

**Dr. Dirk Assmann (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Liberales Institut [per Video zugeschaltet]):** Ich bin gebeten worden, mich noch mal allgemein zu diesem Thema „Smart City“ zu äußern, es zu beleuchten und noch zwei Beispiele herauszugreifen.

Bei vielen Punkten, die Frau Boschin-Heinz genannt hat, kann ich wirklich nur zustimmen. Es ist wirklich dieser Smart-City-Ansatz. Das kann für viele auch kleine Kommunen wirklich in der Außendarstellung sehr wichtig sein. Ich glaube, was in den letzten Jahren, gerade wenn man sich Gedanken über diesen Begriff „Smart City“ macht, passiert ist, dass man eine Stadt vor Augen hat, in der alles digital ist, wirklich so ein abgeschlossenes System ist, das ist nicht der Fall. Ich glaube, Smart City bedeutet einfach, dass man versucht, bestimmte Probleme, bestimmte Herausforderungen in der Stadt mit technologisch klugen Lösungen zu lösen. Das können wirklich verschiedene Einzelaspekte sein. Man kann sich dann eben auf den Weg machen zur Smart City und darf nicht diese abgeschlossene Smart City vor Augen haben, sondern es ist einfach ein Prozess, den man immer weitergeht und auch mit vielen kleinen Maßnahmen nach außen darstellen kann.

Nur um ein paar Beispiele zu geben.

Bekannt ist dieses Beispiel Abfallentsorgung, Entsorgung in Mülltonnen. Verkehrssteuerung ist natürlich auch ein bekanntes Beispiel, wo man mit Sensoren die Verkehrlenkung an das Verkehrsaufkommen anpasst. Im Gesundheitswesen gibt es Maßnahmen.

Ich würde auch zustimmen. Diese Trennung zwischen E-Government und „Smart City“ finde ich auch nicht angebracht. Die Digitalisierung der Verwaltung ist für mich auch Teil der Smart City. Da geht es darum, bestimmte Daten, die vielleicht in der Kommune vorliegen, für die Bevölkerung ansprechend aufzubereiten – das ist vielleicht ein kleiner Schritt –, aber auch unser Handeln von Kommunen leichter verständlich zu machen. Viele kleinere Kommunen haben auch Smart-City-Apps ins Leben gerufen, wo man zum Beispiel mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen kann. Es gibt viele kleine Beispiele, und man muss nicht diese abgeschlossene große Smart City vor Augen haben, sondern wirklich diese einzelnen Maßnahmen.

Ich bin noch gebeten worden, zwei Beispiele darzustellen, weil ich die auch in meiner Stellungnahme genannt habe. Das ist Smart Parking und Smart Building. Das heißt nicht, dass Kommunen das eins-zu-eins umsetzen müssen, sondern man kann auch Teilaspekte davon umsetzen.

Erstes Beispiel Smart Parking. Eine erstaunliche Zahl deutscher Autofahrer – das hat eine Umfrage ergeben – ist im Jahr durchschnittlich 41 Stunden mit Parkplatzsuche beschäftigt, was wirklich ein enormer Wert ist. In größeren Städten – kann man sich vorstellen – ist es noch mal mehr. In vielen Städten in NRW liegt die Zahl deutlich über 60 Stunden, die für Parkplatzsuche pro Jahr draufgehen. Man kann sich vorstellen, das ist zum einen extrem nervig, es ist aber auch wirklich mit Umsatzeinbußen verbunden. Wenn man in die Innenstadt kommen möchte, um etwas zu kaufen, und dann möglicherweise keinen Parkplatz findet, möglicherweise die Fahrt gar nicht antritt, weil

man schon in diesem Wissen ist, keinen Parkplatz zu finden. Das heißt, es sind wirklich enorme Kosten, die das verursacht.

Beim Smart Parking ist die Idee im Grunde ganz einfach. Man hat Sensoren, die man entweder an den einzelnen Parkplätzen oder auch an Laternen hat, und man bekommt in Echtzeit Informationen darüber, wo Parkplätze verfügbar sind. In optimaler Weise kann man sich dann per App oder per Anzeige zum nächstgelegenen Parkplatz leiten lassen.

Es ist tatsächlich so. Wenn man – das sagt auch eine Studie – es flächendeckend in Deutschland tatsächlich umsetzen würde, was nicht realistisch ist, aber einfach als Denkbeispiel zeigt, wie viele solche Projekte nutzen können, dann könnte man pro Jahr 900.000 t CO<sub>2</sub> einsparen, weil man Suchzeiten verkürzt, weil man dadurch CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert. Es hat auch noch den Nebeneffekt, dass man Daten darüber bekommt, möglicherweise wie man Parkinfrastruktur anpassen müsste.

Zweites Beispiel Smart Building. Das ist vorhin auch schon angesprochen worden. Die Idee ist ähnlich. Man hat Sensoren im Gebäude und versucht dadurch, Abläufe im Gebäude möglichst effizient zu gestalten, also, durch die Informationen, die man durch diese Sensoren bekommt.

Das kann bedeuten, dass man das Licht entsprechend anpasst. Also über die Sensoren wird erkannt: Sind gerade Personen in dem Raum? Möglicherweise braucht man im Moment da kein Licht. Also, man könnte es anpassen; man könnte auch die Heizung entsprechend anpassen. Es geht aber auch in Richtung Energieerzeugung, oder Wartung. Das heißt, man muss nicht mehr jedes einzelne Element prüfen, ob eine Wartung erfolgen muss, sondern über Sensoren kann erkannt werden, da ist eine bestimmte Zeit abgelaufen, und das muss durch einen Techniker überprüft werden. Oder da ist ein Problem vorhanden, deswegen muss es überprüft werden.

Das heißt, solche Abläufe können durch eine solche Technik überprüft werden. Das heißt nicht, dass jede Kommune so etwas umsetzen muss, aber man kann teilweise solche Maßnahmen umsetzen. Ich glaube, das ist nach innen sehr erfolgreich, aber auch in der Außendarstellung. Es ist gerade bei den verschiedenen Themen sehr wichtig, dass man genau weiß, welche Kommunen sich eigentlich schon mit bestimmten Dingen beschäftigen, was natürlich dann auch wieder diese interkommunale Zusammenarbeit sehr wichtig macht.

**Vorsitzender Guido Déus:** Ich blicke in die Runde, ob weitere Fragen existieren. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann darf ich mich ganz herzlich bei den Sachverständigen bedanken, die sich hier im Raum oder online die Zeit genommen haben, uns mit ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen. Ich bedanke mich auch beim Sitzungsdokumentarischen Dienst, der zugesagt hat, das Protokoll dieser Anhörung zu Beginn der 32. KW – das ist die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause – zur Verfügung zu stellen.

Zum weiteren Beratungsverfahren noch Folgendes: Der mit beratende Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung könnte sein Votum zum Antrag am 17. August 2023 abgeben.

Wir werden dann in der Sitzung am 18. August 2023 diese Anhörung auswerten und über den Antrag abstimmen können.

Deswegen beende ich die Sitzung und bedanke mich bei allen, die hier gewesen sind und wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende und einen guten Heimweg.

Die Sitzung ist beendet.

gez. Guido Déus  
Vorsitzender

**Anlage**

05.06.2023/07.06.2023

**Anhörung von Sachverständigen  
des Ausschusses für Heimat und Kommunales****Wir machen unsere Gemeinden smarter - durch mehr Zusammenarbeit**  
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3282am Freitag, dem 12. Mai 2023  
13.30 bis maximal 15.30 Uhr, ~~Raum E1 D05~~ Raum E3 A02**Tableau**

<b>Erbeten von</b>	<b>Teilnehmer/-innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	<b>nein</b>	<b>18/538</b>
Dr. Christof Sommer Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>nein</b>	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>nein</b>	
Malte Dahlhoff Bürgermeister der Gemeinde Bad Sassendorf Bad Sassendorf	<b>Malte Dahlhoff</b>  - per Videokonferenz zugeschaltet -	<b>nein</b>
Martin Murrack Stadtdirektor der Stadt Duisburg Duisburg	<b>Martin Murrack</b>	<b>18/517</b>
Dennis Schönegger Comunvita GmbH Otterfing	<b>Dennis Schönegger</b>	<b>18/537</b>
Christiane Boschin-Heinz Stabstelle Digitalisierung Stadt Paderborn Paderborn	<b>Christiane Boschin-Heinz</b>	<b>18/542</b>

<b>Erbeten von</b>	<b>Teilnehmer/-innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Dr. Dirk Assmann Liberales Institut Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Berlin	<b>Dr. Dirk Assmann</b>  - per Videokonferenz zugeschaltet -	<b>18/528</b>